

Staats-Zeitung.

Nr. 282.

Dienstag, den 9. December

1862.

Die „Kralauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Kralau 4 fl. 20 Mrt., mit Versendung 5 fl. 25 Mrt. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Mrt. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Seitenzeile für 9 Mrt. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kralauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zulassungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Plauten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

nementspreis: für Kralau 4 fl. 20 Mrt., mit Versendung 5 fl. 25 Mrt. — Die einzelne Nummer wird mit die erste Einrichtung 7 kr., für jede weitere Einrichtung 3½ Mrt.; Stempelgebühr für jed. Einschaltung 30 Mrt. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kralauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zulassungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Plauten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Amtlicher Theil.

Se. I. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 3. Dezember d. J. den Nachbenannten die Bevollmächtigung allergrädigst zu ertheilen geruht, die denselben verliehenen freiem Orden anzunehmen und tragen zu dürfen, u. z.: Dem Feldmarschall-Lieutenant Joseph Freiherrn v. Anders, Vorsteher der Kammer Sr. kais. Hofes des Herrn Feldmarschall-Lieutenants Erzherzog Stephan, das Großkreuz mit den Schwertern des herzoglich nassauischen Adolph-Ordens; dem Generalmajor und Truppen-Brigadier Joseph Freiherrn Philippovich v. Philippssberg, den osmanischen Medaillen-Medaille erster Klasse;

dem Generalmajor Wilhelm Freih. v. Hornstein, Oberstabsmeister Sr. kais. Hoheit des Herrn Feldmarschall-Lieutenants Erzherzog Karl Ludwig, das Großkreuz des königlich siciliischen St. Januarius-Ordens;

dem Obersten Otto Grafen Welsersheim, Commandanten des Infanterie-Regiments Kaiser Alexander I. von Hessen-Nassau Nr. 2, das Ehren-Komturkreuz des großherzoglich oldenburgischen Hauses- und Verdienst-Ordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig;

dem Rittmeister erster Klasse Arthur Freiherrn Bülow v. Wendhausen, des Uhlans-Regiments Fürst Karl zu Lichtenstein Nr. 9, das Ehren-Kreuz des königlich preußischen Johanniter-Ordens;

dem Führer, Qua-Feuuerwerker Alexander Bokowits, des Artillerie-Regiments Mittel v. Eis Nr. 11, und dem Führer Mathias Pfleger, des Küsten-Artillerie-Regiments Freiherrn v. Stein, das Ritterkreuz des päpstlichen St. Gregor-Ordens.

Se. I. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 28. November d. J. dem Führer Martin Ameliusbichler, des Garnisons-Spitales zu Graz, in Anerkennung seiner besonders belobten aufopfernden achtfährigen Dienstleistung bei Kranken und Verwundeten, das silberne Verdienstkreuz allergrädigst zu verleihen geruht.

Se. I. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 19. November d. J. dem bisherigen Adjutanten zu Triest Doctor der Medizin Anton Comelli, die Lehrkanzel der Geburshilfe für Gebammten an der Triester Lebranckstadt und die damit verbundene Primaria-Geburshilfesstelle an der dortigen Gebäranstalt allergrädigst zu verleihen geruht.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennungen:

Der beim Landes-General-Commando zu Agram zugeliehene Oberstleutnant Ludwig v. Woher, des Husaren-Regiments Kurfürst von Hessen-Kassel Nr. 8, zum Vorstande der ersten Abteilung daselbst, und der Hauptmann erster Klasse Adolph Lang Ecker v. Waldburg, am 12. Feldjäger-Bataillons, zum Major und Commandanten des 2. Feldjäger-Bataillons.

Verleihungen:

Dem Major Joseph Stecher v. Sibeth, des Ruhesandes, der Oberslieutenant-Charakter ad honores, und dem Hauptmann erster Klasse Andreas Lauschmann, des Ruhesandes, der Majors-Charakter ad honores.

Pensionierung:

Der Oberst Joseph Kraus, Commandant des Kurassier-Regiments Kaiser Franz Joseph Nr. 1, auf seine Bitte in den zeitlichen Ruhestand.

Nichtamtlicher Theil.

Kralau, 9. December.

In Paris betrachtet man die griechische Thronfolge-Frage, so weit sie den Prinzen Alfred berührt, seit dem 1. Dec. für vollkommen erledigt, da die Erklärung des londner Cabinets an das der Tuilerien darüber keinen Zweifel mehr lässt, auch wenn die Griechen schließlich noch consequent bis zur förmlichen Wahl des Prinzen bleiben sollten. Das Pays glaubt nun, England werde den Griechen noch vor den Wahlen seine Ansicht kundgeben, die France und Opinion Nationale dagegen stimmen der Vermuthung bei, daß England die Wahlen ruhig geschehen und die Proklamation des Prinzen Alfred zum Könige von Griechenland erst zur vollbrachten That werden lassen wolle, um dann auf die officielle Anfrage der griechischen Nation eine officielle Ablehnung erfolgen zu lassen. Dieses Letztere scheint, was die officielle Seite der Frage betrifft, das Wahrscheinlichste, weil das Sachgemässste; die französische Diplomatie dringt indeß eben so natürlich auf die schnellste Art der Beseitigung einer so unbedeutenen Frage.

Baron Budberg der am Mittwoch in Paris an gekommen hat, wie der Temps wissen will, eine Erklärung des St. Petersburger Cabinets mitgebracht, worin von Seiten Russlands die Anerkennung des Protocols von 1830 bestätigt wird. Und zwar soll nicht allein die russische Kaiserfamilie, sondern auch die „Erlaufsfamilie“ des Kaisers, zu welcher der Herzog v. Leuchtenberg gehört, von dem griechischen Thron ausgeschlossen sein. Es wäre diese Erklärung als Conditio sine qua non für die Zurückziehung der Candidatur des Prinzen Alfred von England gefordert worden, ohne daß dieses jedoch vor der Wahl des griechischen Souveräns seine Ablehnung offiziell aussprechen würde.

Einer der „Hamburger Börsenhalle“ aus Wien in unverbürgter Weise zugehenden Mittheilung zufolge soll Lord Palmerston mit einem Plane umgehen, welcher den Griechen für die wegfallende Candidatur des Prinzen Alfred Ersatz zu geben und zugleich den dauernden Einfluss Englands in Griechenland zu sichern geeignet wäre. Es soll nämlich die Absicht sein, den Griechen unter Zusicherung der Einverleibung der ionischen Inseln die Constitution ihres Landes zu einer Republik unter dem alleinigen und ausschließlichen Protectorate Englands in Vorschlag zu bringen. Ein Agent Lord Palmerston's soll sich in der Person des Obersten Churchill in den nächsten Tagen nach Athen begeben, um das Zustandekommen dieses Planes anzubahnen.

Die „Patrie“ will aus München erfahren haben, daß der bayerische Hof bei einer der Schutzmächte nun doch Schritte zu Gunsten eines Prinzen des bayerischen Hauses gethan und gleichzeitig erklärt habe, daß er den Bestimmungen des Artikels 40 der griechischen Constitution entsprechen würde.

Ein Pariser Correspondent der „F.P.B.“ bestätigt, daß sich unter den neuesten Bewerbern um den griechischen Thron auch der Fürst Ladislaus Czartosky befindet, der mit einer Tochter der Königin Christine von Spanien und des Herzogs v. Kianzares verheirathet ist. Frankreich würde gegen die Gewählung desselben nichts einzuwenden haben, fügt den Correspondent hinzu. Außerdem fehlt es nicht an anderen Candidaten; die „Morning-Post“ empfiehlt zum Vergleich „Constitutionnel“, der sich gegen einen Protestanten erklärt, den Prinzen Nicolaus von Nassau und die Correspondenz „Stern“ will wissen, auch von dem Prinzen Wilhelm von Baden als einem empfehlenswerthen Candidaten sei in diplomatischen Kreisen die Rede gewesen.

Nach der „France“ will das anglo-hellenische Comitis, wie es sich in einem Rundschreiben an alle Komitiaten ausgesprochen hat, energisch die Candidatur des Prinzen Alfred aufrechterhalten.

Aus Paris wird geschrieben, daß dort für die Eröffnung des Boulevard du Prince Eugène ganz außerordentliche Vorsichtsmaßregeln getroffen werden.

Pariser Berichte vom 4. d. Mis. bestätigen die Nachricht von neuen Unterhandlungen, welche noch vor dem Eintreffen des Fürsten Latour d'Auvergne in Rom angeknüpft worden waren, und welche sich auf die Bedingungen bezogen, unter welchen der Papst sich zu einer Krönung Napoleons III. entschließen würde. Graf Vallombrosa soll diese Unterhandlungen, wie man in gewissen Kreisen hier durchblicken läßt, nicht ohne Aussicht auf einen Erfolg geführt haben.

Die Ministercrisis in Turin scheint sich hinauszuziehen; die Majorität des Parlaments will von einem Uebergangsministerium nichts wissen, und ein Ministerium, das sich aufrechtig auf die gegenwärtige Majorität stützt, dürfte Italien im gegenwärtigen Augenblick nach Außen hin ungemeine Schwierigkeiten bereiten. Rattazzi hofft noch immer, da es sehr schwer hält, ein neues Cabinet zu finden, wieder an die Gewalt zu kommen, indem er ein neues Cabinet bilden.

Über den Sturz des Ministeriums Ratazzi bemerkte die „Times“: „Ratazzi fällt nicht weil er unter dem Mittelmaß gewöhnlicher Schönwetter-Minister steht, sondern weil Italien einen Steuermann braucht, der einem sehr gewaltigen Sturme gewachsen ist. Was Rom betrifft, so können wir nicht einschauen, daß die Italiener sonderlichen Grund zur Unzufriedenheit oder Verzweiflung haben. In der That leidet Italien an den Folgen der zu großen Schwierigkeit, mit der Sarдинien seine verschiedenen Provinzen verschlang. Es wird wenigstens zwei Jahre dauern, ehe das Königreich, wie es jetzt besteht, auch nur in militärischen und öffentlichen Dingen zu einer gewissen Gleichartigkeit gelangen kann. Ein noch längerer Zeitraum wird nötig sein, um die beiden Sizilien zu versöhnen. Aber was sind 2 oder 5 oder selbst 10 Jahre im Leben einer Nation? Wenn Italien unter seinem neuen Ministerium sich ernstlich damit befassen will, das bereits Gewonnene zu regeln, so zweifeln wir nicht, daß ihm alles Uebrige zur rechten Zeit zufallen wird.“ La Fr. gibt den Rath, man möge in Turin die römische Frage einstweilen Ruhe lassen. Girardin sagt in der „Presse“: in Turin könne man nichts besseres thun als jetzt sich klein machen, wie man es auch nach dem Tag von Novara gethan.

Pariser Blätter deuteten vor Kurzem an, der Kaiser habe den Cardinal Matthieu mit einer Mission an den heiligen Vater betraut. Abgesehen davon, daß es sonderbar wäre, in dem Augenblicke, wo Latour

d'Uvergne sein Amt als französischer Botschafter in Rom antritt, einen außerordentlichen Abgesandten dorthin zu schicken, so eignete sich Cardinal Matthieu am wenigsten zu einem solchen Auftrag. Seine Verwendung in Rom wäre ein Gedächtnis an Piemont, dessen bestigster Widerlächer im französischen Senat der Cardinal Matthieu ist. Ebenso unrichtig wie das Gerücht über den genannten Kirchenfürsten, ist die Behauptung, Herr v. Lavalette habe mit dem Kaiser in diesen Tagen lange Unterredungen gehabt. Herr v. Lavalette ist seit mindestens drei Wochen jenseits des Canals und befindet sich in diesem Augenblicke in Schottland.

Zwei interessante Actenstücke circulieren gegenwärtig in Neapel: das eine ein Auftruf zur Republik, das andere eine Adresse an den General La Marmora, die ihm die Leiden des Landes zu Gemüthe führt und ihn beschwört, im Interesse desselben und in dem des Hauses Savoyen Franz II. nach Neapel zurückzurufen.

Laut Depesche aus Turin sind die von dem Bundesrat für die Tessiner Bisphumusconferenz ertheilten neuen Instructionen dasselbst in Folge Schnefalls, der die Passage des St. Gotthard unmöglich machte, zwei Tage später eingetroffen, so daß der Zusammentritt der Conferenz nochmals verzögert worden ist.

Die W. P. erfährt, daß die General-Consuln von England und Österreich bei der walachischen Regierung erwirkt haben, daß die über die russische Grenze in die Donaufürstenthümer transportierte Waffenlieferung bis auf Weiteres nicht ausgeführt werde und unter Consularverchluß zu bleiben habe.

Für Kusa, schreibt man der „Kölner Ztg.“ aus Brüssel, der sich möglichst gut mit Österreich zu stellen sucht, hat viele Kisten mit Waffen, deren Bestimmung nicht bekannt gewesen, mit Beschlag belegen lassen. Man wußte bloß, daß dieselben aus russischer Quelle herrührten. Nun hat aber die serbische Regierung sich gemeldet und erklärt, daß dieselben für ihre Arme bestimmt seien, und sie mügten ausgeliefert werden. In Serbien ist ein so großer Vorraht an Waffen, daß drei serbische Armeen damit ausgerüstet werden könnten. Weder der Porte noch Österreich ist diese interessante Thatsache unbekannt.

Es heißt, daß Lord J. Russell eine sehr kategorisch abgesetzte Note nach St. Petersburg richtete. Vor Allem aber durfte sich England aufgesordert fühlen, die Regierung des Fürsten Kusa für den durch dieses Verfahren konstatirten Bruch der Neutralität, zu welcher die Fürstenthümer treitätenmäßig verpflichtet sind zur unmittelbaren und ernstesten Verantwortung zu ziehen.“

Der Mittheilung eines Pariser Correspondenten der „F.P.B.“ zufolge hat der französische Gesandte zu Athen seiner Regierung angezeigt, daß sich in Griechenland mit so wenigem Geräusch als möglich eine Expedition gegen die Türkei vorbereite. Der Minister Dr. Drouyn de Lhuys soll daher im Auftrag des Kaisers eine Depesche nach Konstantinopel geschickt haben, in welcher die Regierung des Sultans vor dieser Expedition gewarnt wird.

Wie der W. P. aus bester Quelle mitgetheilt wird, begiebt sich der russische General Ignatiess in einer besonderen Mission, die Bezug auf die montenegrinische Blockhaus-Angelegenheit hat, nach Konstantinopel. Gleichzeitig heißt es mit, daß General Ignatiess desiguiert sei, den bisherigen russischen Gesandten in Konstantinopel, Fürst Labanoff, bleibend zu erseken.

Die Zeitungsangabe, der König der Belgier bestätigte in Paris und St. Petersburg Schritte wegen Erneuerung der Vermittlungsprojekte in Amerika, d. h. wegen der Anerkennung der Südstaaten zu thun, entbehrt nach der „F. P. B.“ jeder Begründung.

La France teilt nach den letzten ihr aus Amerika zugehenden Depeschen mit, daß am 21. Nov. ein großes Meeting den Beschluß gefaßt hat, den Präsidenten Lincoln zu einer Kriegserklärung gegen England zu veranlassen.

Republikanische Blätter sagen, der Präsident werde in seiner nächsten zu erwarten Botschaft an den Congress seine Emancipationspolitik, sowohl in Bezug auf die Sklaverei in den Grenzstaaten, sowie auf die Befreiung der Slaven in allen Staaten, die sich am 1. Jan. noch in Empörung befinden sollten, wiederholen und von Neuem verfechten.

Der englische Gesandte in Washington hat es der Newyorker Handelszeitung zufolge abgelehnt, zum Schutz des Eigentums britischer Unterthanen gegen die südstaatlichen Piraten bei Jefferson Davis Schritte zu thun. Als Grund der Ablehnung gibt der Gesandte an, daß die sogenannten Confederated States von der englischen Regierung nicht anerkannt seien.

Die Berichte aus Mexico sind nicht erfreulich,

und man glaubt, General Forey werde nicht vor dem 1. Januar die Operationen gegen Juarez beginnen können.

Ein flüchtiger König ist auf dem Wege nach Frankreich. Wie der Moniteur aus Santiago (Chili) meldet, ist Se. Majestät Aurel I., Ekönig von Araucanien, der eigentlich Aurel Anton von Bonnens heißt und früher Advocat in einer französischen Landstadt war, von der chilenischen Regierung dem bei ihr accreditirten französischen Geschäftsträger überantwortet und von diesem an Bord des Dugnay-Trouin gebracht worden, welcher ihn ins Vaterland zurückbringen soll.

In der Antwort der kurfürstlich hessischen Regierung auf das Schreiben des Herrn v. Bismarck heißt es:

Eu. unterstellen einen Konflikt zwischen der kurfürstlichen Regierung und dem gegenwärtigen Landtage; erwähnen, daß das in der kurfürstlichen Verordnung vom 21. Juni d. J. gegebene Wort bestimmt die Beilegung des Streites habe erwarten lassen, und stellen in Verbindung hiermit gewisse Maßregeln in Aussicht, welche das Interesse Preußens erheben soll.

Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich hier die Überzeugung ausspreche, daß die Auffassung der Sachlage, wie sie sich in dem geheirten Schreiben En. k. k. fundt, auf einer mangelhaften Information beruht.

Der Bundesbeschluß vom 24. Mai l. J. ist, wie wohl nicht leicht bestritten werden wird, in einem wesentlichen Punkte unbestimmt; er hat die Frage nicht gelöst, ob der nächste Landtag nur ein ad hoc, zur Vereinbarung des neuen Wahlgesetzes berufener, oder ein zur Vornahme von Landtagsgeschäften überhaupt zuständiger sein solle. Die landesherrliche Bekündigung vom 21. Juni l. J. hat diese Frage ebenfalls offen gelassen und deren Lösung der Praxis vorbehalten. Es wird von der kurfürstlichen Regierung nicht verkannt, daß jeder der beiden widerstreitenden Ansichten rechtliche Gründe zur Seite stehen, wiewohl der § 7 der gedachten Bekündigung sich besonders für die Annahme einer beschränkten Kompetenz geltend machen läßt. Indem übrigens die jüngste Thronrede zwar die Vereinbarung des neuen Wahlgesetzes als die wesentliche Aufgabe des zehigen Landtags bezeichnete, jedoch weitere landesherrliche Entschlüsse ausdrücklich vorbehalt, waren bereits sonstige Vorlagen an den Landtag in Aussicht gestellt und hofft man sich, nachdem die im Schoße der Regierung verbliebenen deßhalbigen Anstände bestigt worden sind, nunmehr mit dem Landtage, welcher in r. Kürze wieder zusammentreten wird, desfalls zu verständigen.

Wenn sich hiermit der bezügliche Inhalt des geheirten Schreibens Eu. von selbst erledigen dürfte, so sehe ich mich gleichwohl für die Folge in die Notwendigkeit gesetzt, gegen die eventuell in Aussicht gestellte einzige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines unabhängigen und selbstständigen Bundesstaates im Namen der kurhessischen Regierung und des Landes, so wie im Interesse aller souveränen deutschen Bundesfürsten, hiermit Verwahrung einzulegen. Genehmigen Eu. u. c.

Die Sternzeitung vom 5. d. thelt die Antwort des Ministerpräsidenten v. Bismarck vom 4. auf die Note Dehn-Rotfels vom 1. d. Mis. mit. Ersterer bestätigt darin lediglich den Inhalt seines Schreibens vom 24. v. M. und hofft auf eine Verständigung mit dem hessischen Landtage. Daselbe Blatt erklärt die Mittheilung für unrichtig, daß der preußische Feldjäger auch ein Schreiben an den Kurfürsten überbracht habe.

Uebrigens versichert das ministerielle Blatt, daß der vielversprochene Feldjäger Lieutenant nur das bereits veröffentlichte Schreiben des Hrn. v. Bismarck, nicht auch, wie einige Zeitungen mittheilten, ein eigenhändiges Schreiben des Königs an den Kurfürsten nach Kassel überbracht hat.

Zum deutsch-dänischen Streit wird heut abermals eine Russellsche Depesche veröffentlicht, die sich zwischen die erste und zweite — die wir beide, ihrem Wortlaute nach, mittheilten — einschiebt und ohne sich in Details einzulassen, doch dieselben Grundschatzungen durchblicken läßt, die in den beiden andern Depeschen eine bestimmte Formulirung gefunden haben. Neues bringt diese heut veröffentlichte Depesche nicht. Sie erzählt nur, wie der dänische Gesandte Bille eine Umstimmung Lord Russells versucht, wie letzterer aber fest geblieben sei und auf seine erste Depesche verwiesen habe.

Die zweite Depesche, welche Carl Russell nach Kopenhagen an den britischen Gesandten, Page, gerichtet hat, lautet:

Auswärtiges Amt, 20 Novemb. 1862.

„Mein Herr! Seit meiner Unterhaltung mit Hrn. von Hall, derer ich in weiner Depesche Nr. 63 vom 11. v. M. gedacht habe, übergab mir dieser Herr Gesandte die Abschrift der Depesche, welche Hr. v. Hall am 15. v. Mts. an mich gerichtet hat.“

Zu meinem Leidwesen ersehe ich aus dieser Depesche, von welcher ich eine Abschrift beilege, daß die dänische Regierung eine starke Abneigung gegen die Annahme der von Ihrer Majestät gegebenen Rathschläge empfindet. Ich bin überzeugt, daß die dänische Regierung nicht hinreichend das Kritische ihrer gegenwärtigen Lage würdigt, dagegen eine übertriebene Ansicht hegt von den Folgen, welche nach ihrer Ansicht aus der Zustimmung zu dem von Ihrer Majestät Regierung angebotenen Arrangement sich ergeben würden. Ihrer Majestät Regierung, welche aufrichtig die Erhaltung der dänischen Monarchie, nicht ihre Verstärkung oder Demütigung wünscht, erlaubt sich demnach etwas ausführlicher auf die Verpflichtung des Königs von Dänemark und die Mittel und Wege, sie zu erfüllen, zurückzukommen.

Es wird nicht in Abrede gestellt werden, daß der König von Dänemark das Herzogthum Holstein als Herzog von Holstein und ebenso Lauenburg als Herzog von Lauenburg besitzt, daß er in beiden Eigenschaften Mitglied des deutschen Bundes ist, durch dessen Gesetze gebunden und verpflichtet, die Autorität der Bundesversammlung anzuerkennen.

Ebensowenig kann geleugnet werden, daß der König von Dänemark als Herzog von Schleswig gegen Österreich, Preußen und den deutschen Bund in deren Eigenschaft als Souveräne europäischer Staaten im Jahre 1851 gewisse Verpflichtungen eingegangen ist, von welchen, wie Herr von Hall mich erinnert, ich stets behauptet habe, daß sie Ehrenverpflichtungen Sr. Majestät des Königs von Dänemark seien.

Ist nun dies das Verhältnis und sind diese die Verpflichtungen des Königs von Dänemark, so wird auch Herr v. Hall nicht umhin können, meiner Behauptung zuzustimmen, daß kein Argument: „ab inconveniente“ gegen jene positiven Stipulationen und Ehrenverpflichtungen in Betracht kommen kann.

Es genügt nicht, gegen das vorgeschlagene Arrangement geltend zu machen, daß dadurch der dänischen Regierung Schwierigkeiten bereitet werden würden und daß für die vom dänischen Ministerium für angemessen erachteten Maßregeln die Zustimmung Holsteins schwer zu erlangen sein werde; Rücksichten dieser Art müßten eben nothwendig vor den Forderungen der Gerechtigkeit zurücktreten und weit höher steht die Loyalität, die ein Fürst Denen schuldet, gegen welche er Verpflichtungen übernommen hat.

Wenn ich diese Verpflichtungen in ihrer Reihenfolge betrachte, so bin ich veranlaßt Herrn von Hall zunächst daran zu erinnern, daß Ihrer Majestät Regierung stets es ablehnte über Gegenstände, welche unter die Kompetenz des deutschen Bundes fallen, irgend eine Meinung auszusprechen. Ganz im Allgemeinen gesprochen kann indeß Ihrer Majestät Regierung die Forderung nicht unbillig finden, daß keine Steuern in Holstein eingeführt und keine Gesetze ihm auferlegt werden dürfen, welche nicht die Zustimmung der von ihren Ständen vertretenen Bevölkerung dieses Herzogthums erlangt haben. Andererseits indessen findet das von Herrn von Hall aufgestellte Prinzip die aufrichtige Zustimmung und Billigung von Ihrer Majestät Regierung, wenn er erklärt, daß die dänische Regierung bereit sei den Forderungen des Bundes in Betreff Holsteins sich zu fügen: „welche Gefahren auch für die Integrität der Monarchie dieses Bündnis noch sich ziehen möchte, vorausgesetzt, es könne die eventuelle Stellung Holsteins der Art definiert werden, daß der übrig. Theil der Monarchie nicht in eine beständige Abhängigkeit von Deutschland gebracht würde und wenn durch dieses Opfer unsere Beziehungen zum Bunde auf eine feste Grundlage gestellt werden können.“

Bevor ich weiter gebe habe ich sie aufzufordern, Herrn von Hall die große Befriedigung auszusprechen, welche ich darüber empfinde, daß in Bezug auf Holstein und Lauenburg der Annahme der in meiner Depesche Nr. 61 vom 24. September ausgesprochenen Ansichten keine prinzipielle Verschiedenheit der Ansichten im Wege steht. Wenn überhaupt noch Differenzen vorhanden sind, so sind sie wohl nur in den Einzelfragen zu suchen.

Wir kommen nun auf die schleswigsche Frage, welche das thatächliche Hindernis eines endgültigen und dauernden Ausgleiches bildet.

Aber auch in dieser Beziehung besteht nur eine geringe Meinungsverschiedenheit in Ansehung der allgemeinen Grundsätze zwischen Ihrer Majestät Regierung und der dänischen Regierung. Herr von Hall stellt nämlich die beiden wichtigsten Artikel der vom König von Dänemark erlassenen Erklärungen nicht in Abrede, durch welche dasselbe im Wesentlichen der Bevölkerung des Herzogthums Schleswig die Zusage ertheilte, daß dieses Herzogthum in Dänemark nicht einverlebt werden und daß seine schleswigschen Unterthanen deutscher Nationalität jenen dänischen Stammes ganz gleichgestellt werden sollen.

Herr v. Hall, wiederhole ich, leugnet weder die Existenz, noch die Giltigkeit dieser Versprechungen, aber er behauptet, daß sie bereits ausgeführt seien.

Herr v. Hall sagt wörlich: „die Absichten, welche mit Rücksicht auf dieses Herzogthum (Schleswig) der König zur Zeit freiwillig ausgesprochen, die Ehrenverpflichtung, um uns des Ausdrucks Lord Russells zu bedienen, welche der König auf sich genommen hatte, sind alsbald und gewissenhaft ausgeführt worden.“

Damit ist die Frage auf das Gebiet der Thatsachen verlegt. Das Berliner Cabinet und die deutschen Re-

gierungen im U. m. inen haben behauptet, daß diese Verpflichtungen nicht erfüllt worden seien.

Bor einiger Zeit wurde ein mit dem Lande und der Sprache vertrauter britischer Agent nach Schleswig gesandt, um zu untersuchen, welche von diesen beiden gegenüberstehenden Behauptungen mit der Wahrheit übereinstimme.

Sein Bericht, welcher sehr genau und augenscheinlich vollkommen zuverlässig ist, kommt zu dem Resultate, daß die Einwohner Schleswigs keinen Wechsel ihrer Regierung wünschen, daß sie loyale Untertanen der Krone Dänemarks sind, doch aber an vielen Orten die deutschen Einwohner darüber Klage führen, genöthigt zu sein, dem dänischen Gottesdienste beizuhören, ihre Kinder in dänische Schulen zu schicken, und daß ihre Kinder vor der Confirmation sich einer Prüfung in der dänischen Sprache unterziehen müssen.

Als ich diese Klagen geltend mache, entgegne die dänische Regierung, daß die Eltern sich der Privaterzieher bedienen, und daß ihre Kinder in deutscher Sprache konfirmirt werden könnten, wenn auch die dänische Prüfung beibehalten werden müsse. Diese Auskunft erschien Ihrer Majestät Regierung als eine ungünstige und nur scheinbare.

Unter anderen Beispielen führe ich auch aus den mir zukommenden Mitteilungen an, daß den Einwohnern des Herzogthums nicht gefallen sei, eine und dieselbe Eingabe mit mehr als drei Unterschriften zu versetzen, und daß die Freiheit, welche in vollster Ausdehnung in Dänemark besteht, in Schleswig nicht existiere. Als von diesen Beschränkungen dem dänischen Minister in London gegenüber Erwähnung geschah, stellte er zwar nicht in Abrede, daß Alles dieses richtig sei, aber rechtfertigte es durch Betonung der Nothwendigkeit der deutschen aggressiven Bewegung entgegen zu wirken.

Ich habe es als meine Pflicht erachtet, der dänischen Regierung wiederholt den Rath zu ertheilen, den Klagen Schleswigs abzuholen, alle Verheißungen des Königs in diesem Betreff vollständig zu erfüllen und in solcher Weise der deutschen Einflussnahme jeden Vorwand zu nehmen.

Bei diesen Schritten handelt Ihrer Majestät Regierung in Übereinstimmung mit den Regierungen von

Frankreich und Russland.

Aber diese drei mächtigen und freundschaflich ge-
sinnten Regierungen haben ihre Rathschläge vernachläs-
sigt gesetzen und die Unterdrückungen, die ungleiche
Behandlung, über welche Klage geführt wurde haben
nur wenig nachgelassen. So ergab sich demnach die
Nothwendigkeit einen anderen Weg in Aussicht zu neh-
men und zu betreten.

Da boten sich nun verschiedene Auskunftsmitte dar:
1. Den gegenwärtigen Zustand der Unzufriedenheit und Gefahr fortbestehen zu lassen, bis es zu irgend einem heftigen Ausbruch führt;

2. eine gemeinsame Verfassung aufzustellen, in welcher das deutsche Element mehr Gewicht habe, als ihm nach einem bloßen Zahlenverhältnis eingeräumt werden kann;

3. Schleswig in zwei Theile zu theilen, in einen deutschen mit Holstein eng verbundenen, und in einen dänischen in die dänische Monarchie einverleibten Theil,

4. einen Plan auf Grundlage der von mir gemachtten Vorschläge anzunehmen.

Das vierte von diesen Auskunftsmitte erscheint Ihrer Majestät Regierung am geeignetesten in Hinsicht auf die Integrität und Unabhängigkeit Dänemarks und demnach am meisten in Übereinstimmung mit dem Londoner Vertrage.

Herr v. Hall erweist Ihrer Majestät Regierung nur Gerechtigkeit, wenn er sagt, er glaube nicht, daß sie beabsichtige, den Gefühlen der Sympathie und der aufrichtigen Theilnahme, welche sie stets gegen Dänemark aussprach, zu entsagen oder sich mit denselben in Widerspruch zu setzen.

Ihre Majestät Regierung indessen ist verpflichtet, unbeeinflußt von jenen Leidenschaften, welche im Laufe einer langen Verhandlung auf alle am Streite Be-
teiligten eingewirkt haben mögen, die Lage Dänemarks in Erwägung zu ziehen. Auch steht Ihrer Majestät Regierung nicht allein mit ihrer Ansicht über diese Angelegenheiten, denn Rusland teilt dieselbe und Frankreich erachtet sie der ernstesten Inbetrachtnahme wert.

Ihre Majestät Regierung vermag also nur die Hoffnung auszudrücken, daß selbst im Geräusche des Streites die Stimme unparteiischer Freunde nicht überhört, und daß der langwierige und heftige Conflict schließlich in einer Weise zum Austrag gebracht werde, welche mit der Ehre, wie mit den Interessen aller Be-
teiligten verträglich sei.

Ihre Majestät Regierung ist überzeugt, daß die Beendigung des langwierigen Streites der Stabilität Dänemarks zu Gute kommen und seine Unabhängigkeit kräftigst werden.

Wollen Sie die Depesche dem Herr v. Hall vorlesen und ihm eine Abschrift hievon zurücklassen. Empfangen u. s. w. Russell.

Österreichische Monarchie.

Wien, 7. Dec.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben zur Erhaltung und Restaurierung des Prager Domes einen jährlichen Beitrag von 10,000 fl. vorläufig auf die Dazu von 5 Jahren aus dem Staatschafe allergrädigst zu bewilligen geruht.

Heute Nachmittags fand unter Vorsitz des Herrn Erzherzogs Rainer ein Ministerrath statt. Um 11 Uhr Vormittags wurde unter dem Vorsitz des Staatsministers Ritter v. Schmerling eine Conferenz der sämmtlichen hier befindlichen Statthalter abgehalten.

Se. k. Hoheit Erzherzog Karl Ferdinand ist nach Brünn abgereist.

Se. k. Hoheit Erzherzog Ludwig Joseph haben 100 fl. und Se. k. Hoheit Erzherzog Ludwig Victor 50 fl. zur Vertheilung an verkümmelte Krieger aus dem letzten Feldzuge am 24. Dezember, dem h. Weihnachtstag und dem Allerhöchsten Geburtstage Ihrer Majestät der Kaiserin, an den Gründer dieser Unterstützungsdenkmals Herrn F. A. Danninger übergeben lassen.

Se. k. Hoheit der Kronprinz und die Kronprinzessin von Preußen werden am 16. in Wien eintreffen und sich hier drei Tage aufzuhalten.

Der Graf Chambord und Gemalin werden nächstes Tage nach Benedig reisen.

Der k. k. österreichische Gesandte am kurhessischen Hofe, Herr Graf v. Karnicki, ist gestern von Kasel in Wien eingetroffen und hatte noch im Laufe des Vormittags eine Befreiung mit dem Herrn Minister des Außenw. Gr. v. Reichberg.

Der k. preußische Gesandte Herr Baron v. Werther wird nächst Woche nach Triest reisen, um den Kronprinzen und die Kronprinzessin von Preußen dort zu empfangen und nach Wien zu begleiten.

Die deutschen Wähler des Mährisch-Neustädter Landtagswahlbezirkes haben an den Landtagsabgeordneten dieses Bezirkes, Johann Isak eine Adresse abgeschickt, in welcher sie ihm unter Anderem ans Herz legen, sich von allem nationalen Hader zu entfernen und mit den mährischen Patrioten vereint zu berathen. Vorzüglich empfehlen sie ihm, mit den Freunden des Hrn. Mattoni, zu welchem er Hinneigung gezeigt habe zu trecken; Mähren könnte noch auf eigenen Füßen stehen und bedürfe des Bestandes von Seite der Ge-
hren nicht.

Am 6. d. fand in der Prager Handelskammer die Landtagswahl statt; von 32 Stimmen entfielen 27 auf Richard Dohauer; in seiner Dankrede betonte der neu gewählte Abgeordnete, er sei ein Deutscher und Verfassungsfreund, Automist und Groß-Der-
reicher; er werde für die Religionsfreiheit aller Confessionen einstehen.

Die „Bohemia“ veröffentlicht heute ein Eingesetztes des Dr. Pinkas, in welchem er die Institution eines Wiener Blattes, eine Schwenkung in das Lager der Nationalen gemacht zu haben, als eine „infame Lüge“ bezeichnet, und den Urheber derselben auf sein öffentlich abgelegtes politisches Glaubensbekenntnis verweist.

Deutschland.

Am letzten Donnerstag hat eine Bundestagssitzung stattgefunden, und zwar, wie man vernimmt, aus Mangel an geschäftlich bedeutenderem Stoffe, der zur Vorlage reif wäre. In Sachen der Delegierten-Versammlung wird der bezügliche Bericht der Ausschuss-Majorität erst eingebracht werden können, wenn auch die Gutachten der Minoritäten (Preußen und Baden) festgestellt sein werden. Der Bericht des Herrn v. d. Pöldten bewegt sich übrigens ganz auf dem Terrain des am 14. August gestellten Antrages.

Aus München, 3. d. wird der N.P.Z. geschrieben: Bei dem Besuch, welchen kürzlich Ihre Majestät die Königin im Kloster St. Afra zu Augsburg ab-
stattete, gelang es nicht, Ihre Maj. die Königin von Neapel zur Rückkehr nach Rom zu bewegen. Inzwischen sind, wie es heißt, kategorische Erklärungen über die längere klosterliche Zurückgezogenheit hier eingetroffen, welche nicht verfehlten, den peinlichsten Eindruck an hiesigen kgl. Hofe hervorgerufen. Se. Majestät der König haben deshalb Veranlassung genommen, sich heute wiederum nach Augsburg zu begeben, um noch einen Versuch zu machen, daß die Königin von Neapel das Kloster verlässt, nach Rom zurückkehre und so ernsthafte Folgen vermieden werden. Gleich Schritte werden von Seiten der nächsten Anverwandten fast täglich gethan, doch stets blieben sie fruchtlos. Bezuglich der gestrigen Berathung unter den Gliedern des Königl. Hauses vernimmt man jetzt bestimmt, daß Se. Maj. der König Otto nicht Willens sei, je wieder auf den Thron Griechenlands zurückzukehren. Eine thalweise Befestigung dieses Entschlusses glaubt man in dem Umstande zu finden, daß 16 Bedienstete aus dem Hofstaat die Griechischen Majestäten gestern noch entlassen worden sind.

Wie dem Frankf. Journal aus München geschrieben wird, hat König Ludwig an dem Familientheatre am 2. d. Theil genommen. Er soll sich für die Wahlung der Rechte des Hauses Wittelsbach auf den griechischen Thron ausgesprochen und seine Einwilligung gegeben haben, daß einer der jungen Söhne des Prinzen Luitpold den gr.-orthodoxen Glauben annahme. Die Mutter der Prinzen, Großherzogin Auguste von Sachsen, soll jedoch Widerspruch erheben.

Die „Fr. Post-Ztg.“ schreibt aus Kassel, 4. d.: Nachdem der Verfasser der anonym erschienenen Broschüre „Staatsdiener und Staatschwächer“ in der gestrigen Morgenzeitung mit seinem Namen aufgetreten, ist demselben, wie wir vernehmen, noch an dem nämlichen Tage im Auftrage des General-Lieutenants von Haynau eine Herausforderung auf Pistolen zu gegangen, von diesem jedoch heute nachträglich abgelehnt worden.

Consul Schiller in Hamburg, welcher bekanntlich mehrmals den Versuch gemacht hat, die dem Herzog von Augustenburg widerrechtlich genommenen Güter in Schleswig auf öffentlicher Auction zu erlösen, von der dänischen Regierung aber immer zurückgewiesen wurde, weil er ein „Deutscher“ war, hat jetzt vom Herzog von Glücksburg das Gut Bogbogen gekauft.

Dänische Blätter erwähnen dieses Factum mit dem Zusage, daß der Consul Schiller auf den Ankauf schleswigischer Güter so versessen sei, als wenn er von einem tollen Schleswiger gebissen worden wäre.

Die „Fr. Post-Ztg.“ schreibt aus Kassel, 4. d.: Nachdem der Verfasser der anonym erschienenen Broschüre „Staatsdiener und Staatschwächer“ in der gestrigen Morgenzeitung mit seinem Namen aufgetreten, ist demselben, wie wir vernehmen, noch an dem nämlichen Tage im Auftrage des General-Lieutenants von Haynau eine Herausforderung auf Pistolen zu gegangen, von diesem jedoch heute nachträglich abgelehnt worden.

Frankreich.

Paris, 4. Dezember. Der Moniteur veröffentlichte heute die 15 Spalten füllende Denkschrift, welche der Seine-Präfekt dem Municipalrathe von Paris jetzt bei dem Beginne der Jahres-Session vorgelegt hat. Das Budget d. Stadt Paris pro 1863 ist darin auf 193,518,697 Fr. 76 G. in Einnahme und Ausgabe vorberechnet. — Die Vorbereitungen zur Eröffnungsfeier des Boulevard du Prince Eugène sind so gut wie beendet. Der Polizeipräfekt selber hat gestern die neue Straße einer genauen, sechsstündigen Inspektion unterzogen und verschieden außerordentliche Maßregeln für den 6. Dezember angeordnet. Eine gewisse Anzahl über angestrichener Individuen soll verhaftet werden, um nach dem Feste wieder freigelassen zu werden. Man spricht von circa 5000 Männern in Blousen, welche die Pariser Arbeitervelt bei dieser Gelegenheit durch verschiedenartige Jubelbezeugungen vertreten werden. — Der Kaiser hat dem Herrn Rothschild das bestimmte Versprechen ertheilt, ihm noch im Laufe dieses Monats den bereits vielbesprochenen Besuch in Ferreries abzustatten. — Baron Gros geht erst Anfangs Januar an seinen Gesandtschaftsposten nach London. — Herr von Persigny hat bis jetzt seine Genehmigung für den Biedereintritt des Herrn Granier de Cassaignac in das politische Directoriun des Journal le Pays noch nicht ertheilt. — Die Bretagne, das größte Einenschiff der französischen Marine, wird kraft eines in Compiegne erlassenen Decrets in ein Panzerschiff umgewandelt werden. — Vorgestern wurden die Assises-Verhandlungen des Seines-Departements für den Monat Dezember eröffnet. Unter 23 Fällen, welche dem Spruch der Geschworenen unterbreitet werden, befinden sich nicht weniger als 9 wegen Nothzucht und Angriffen auf die Schamhaftigkeit. —

Zum Unterbibliothekar des Instituts ist gestern Charles

als Bewerber um die Hand der Kronprinzessin Isabella von Brasilien auftreten werde — aber durch seine Theilnahme an dem nordamerikanischen Feldzuge gegen die südstaatlichen Anhänger der Sklaverei hat er es hier bei der einflussreichen Partei der Pflanzer und Schlevenhalter dauernd verdorben.

Die Berliner „W.B.“ schreibt: Der Ministerpräsident v. Bismarck-Schönhausen stattet jetzt erst den hier accredited Diplomaten Antritts-Besuchen ab. Die Budget-Arbeiten in den Ministerien sind nun so weit vorgeschritten, daß die Aufstellung des Etats pro 1863 beendet ist. Jetzt ist die Abschaffung des Indemnitätsgesetzes für den diesjährigen Etat Gegenstand der Berathung.

Die „Bank- und Handels-Zeitung“ meldet, es sei die Annahme verbreitet, der Minister v. Jagow habe seinen Rücktritt erklärt.

Nach der „Bank- und Handels-Zeitung“ ist der bevolmächtigte Minister am Bundestag, Herr von Ueberholt, mit der deutschen Politik des Minister-Präsidenten v. Bismarck vollkommen einverstanden.

Die „Kreuzztg.“ schreibt: Die Mitteilung, daß alle commandirenden Generale und alle Oberpräsidenten von Berlin berufen sind, enthebt Erste anlangend, jeder Begründung. Die Oberpräsidenten kommen wie immer als Commissarien zur Berichterstattung über den vollendeten Provinzial-Landtag.

Die Kreuzztg. vom 6. d. erklärt die Gerichte, welche an die Anwesenheit des Polizeipräfidenten v. Maurach geknüpft worden sind, für völlig grundlos, da er lediglich in Privatangelegenheiten nach Berlin gekommen ist. — Dasselbe Blatt erklärt die Nachricht, daß der Oberst Nagel wieder das Kommando der Schutzmannschaft übernehmen solle, für unbegründet.

Nach der neuesten Kreuzztg. ersetzt Herr von

Verordnung mit 81 Stimmen gewählt worden. Ser-
vois erhielt 80 Stimmen.

Das Gericht, Hr. Billault, Minister ohne Vor-
teile, werde seine Entlassung einreichen, weil er die
von Hrn. Drouyn de Lhuys begünstigte Politik vor dem
gesetzgebenden Körper nicht vertheidigen wolle, ist
unrichtig.

Eine Correspondenz von Paris will wissen, daß
sämtliche französische Admirale und Vice-Admirale
so eben Ordre erhalten, sich in den nächsten Tagen
zu einer Conferenz in Paris einzufinden. Die gleiche
Correspondenz spricht auch von der Verhaftung des
Unternehmers, dem die Decoration an der Barrière
du Trône am 15. v. M. bei der Einweihung des
Boulevard prince Eugène anvertraut gewesen waren.
Diese Verhaftung soll im engen Zusammenhange mit
der Verschwörung stehen, welche an jenem Tage zum
Ausbruch kommen sollte.

Nach der Mittheilung eines Brüsseler Corresponden-
tents des „Gaz“ dessen Brief vom 30. v. M. die
Tags vorher in der Kathedrale der Hauptstadt Bel-
giens zur Feier des 32. Jahrestages der Warschauer
Revolution abgehaltenen Gottesdienst schildert, wurde
in Paris den Polen untersagt, dem Gedenkfest vom
29. November die Bedeutung eines solennens Tages
zu verleihen und sich zu einem gemeinschaftlichen Diner
an demselben zu versammeln.

Die Fabrikanten von Rouen haben eine Sub-
scription zu Gunsten der Arbeiter im Departement der
Seine-inferiore hervorgerufen. In fast allen unsern
Blättern wird sie heute eröffnet; über 150.000 Per-
sonen sind in diesem Departement durch die Arbeits-
einstellungen in Folge des Mangels an Baumwolle an
den Bettelstab gebracht. Wie wird es den Leuten im
Winter ergehen?

Paris, 5. Dezember. Der Kriegsminister hat in
einem Berichte an den Kaiser für die Beamten seines
Departements auf Gehalts-Verbesserung angefragt.
Wie man an der Böse und von anderer Seite
vernimmt, ist Herr Gould noch keineswegs ent-
schlossen, das demnächst zu emittirende italienische An-
lehen auf den französischen Börsen offiziell notiren zu
lassen. Er hat zu diesem Zwecke eine ausführliche
Denkschrift über die Situation der Börse und den
Stand der einzelnen bedeutenden französischen Büros
dem Kaiser überreicht. Möglicher Weise kann jedoch
der Gould'sche Plan, wenn sich Rothschild für das An-
lehen interessiren sollte, ganz zurücktreten oder wenig-
stens nur für den Fall angenommen werden, daß das
neue Anlehen über 250 Millionen beträgt. — Herr v.
Massignac bleibt noch so lange in Turin, bis Herr v.
Sartiges sich vollkommen hinein gefunden hat. — Die
ganze Armee von Paris ist für die Eröffnung des
Boulevard aufgeboten. Es laufen noch immer beunru-
higende Gerüchte ein; allein die Polizei soll ihrer Sache
vollkommen sicher sein. Der Kaiser begibt sich zu Pferde
in und zu Wagen zurück. Er wird auf dem Place
du trône eine kurze Ansprache halten. — Herr Louis
Beaumont hat um die Erlaubnis nachgesucht, in ähnli-
cher Weise, wie Girardin an der „Presse“, an dem
klericalen „Monde“ wieder mitarbeiten zu dürfen.

Herr Wirs ist wegen unerlaubter Vertheidigung ei-
ner gegen den Staats-Procurator Dupin gerichteten
Broschüre in zwei Instanzen, vom Justiz-Polizeigericht
und vom Obergericht in Douai, zu einem Monat Ge-
fängnis verurtheilt worden, hat aber an den Cassations-
hof appelliert und zugleich erklärt, daß er inzwischen
fortfahren werde, Broschüren zu seiner Rechtfertigung
zu vertheilen.

Spanien.

Der spanische Sonzex, hat am 2. Dec. fast mit
Einstimmigkeit Herrn Calestros zum Präsidenten ge-
wählt.

Großbritannien.

London, 4. December. Se. k. Hoh. der Prinz
von Wales ist gestern in Dover angekommen und
ohne Aufenthalt nach Windsor weiter gereist.

Italien.

Der K. schreibt man aus Turin, 1. Dec. Der
neue französische Gesandte, Graf Sartiges, hatte ge-
kern nach seinem offiziellen Empfang eine lange Pri-
vat-Audienz beim Könige, welcher einige Andeutungen
über die Ernennung des Herrn Drouyn de Lhuys ge-
macht haben soll. Auch mit Ratazzi hatte Graf Sar-
ties noch eine Conferenz, die im Ganzen die Sti-
mmung Frankreichs nicht besonders befriedigend erschei-
nen ließ. Namentlich hat der neue Gesandte keine guten
Nachrichten für das Zustandekommen des französisch-
italienischen Handelsvertrages mitgebracht. Herr Gould
bleibt dabei, den italienischen Staatspapieren die offizielle
Götting an der Börse nicht zu gestatten, und
hat auch den Kaiser, welcher eine Zeit lang schwankend
war, wieder zu seiner Meinung herübergezogen. — Ga-
rini ist mehrere Male zum Könige berufen worden, je-
doch nur, um seine Meinung über den Stand der Dinge
abzugeben.

Jeder dritte Mann, der uns begegnet, schreibt man
der „Ostdeutschen Post“ aus Turin ist ein Min-
isterkandidat. Von der äußersten Rechten bis zu den heu-
zu den äußersten Linken, von den ältesten Senatoren bis
zu den jüngsten Deputirten gehen die Anfragen wegen
des Eintritts in ein neues Cabinet. Aber Niemand
begeistert Lust, die schwere Büße der Regierungssorgen
auf sich zu nehmen. Garibaldi's Einfall, der König
sollte die Diktatur übernehmen, könnte sich fast von
selbst verwirklichen, so schwierig erscheint das Zustande-
kommen einer parlamentarischen Regierung. Dazu tritt
die Unmöglichkeit, die Kammer aufzulösen. Man konnte
das Ministerium Ratazzi besetzen, aber man bringt
kein neues fertig; man kann auch die Deputirten heim-
schen, aber es sieht mehr als bedenklich aus, wegen
der Neuwahl. In vielen Distrikten von Neapel und
Sizilien würden die Wähler nicht bei den Wahlurnen
erscheinen; sie betrachten die Annexion an Piemont als
missglückt, sind der Belagerungszustände müde, und

großen wegen des schlechten Dankes, den ihr Besreiter
Garibaldi von den Piemontesen erhalten. Um nicht den
Eclat zu erleben daß Neapel die Wahlen verweigert,
musst man nolens volens sich mit der jetzigen Kammer,
so störrisch sie ist, befassen.

Aus Turin, 5. December, wird gemeldet: Die
Situation hat sich nicht verändert. Caffinisi und Pas-
olini, mit der Bildung des Cabinets beauftragt, sind
noch nicht am Ziele, hoffen jedoch zu reussiren. Die
wahrscheinliche Zusammensetzung des Ministeriums ist
folgende: Pasolini — Präsident und Aeußerer, Ming-
hetti — Finanzen, Peruzzi — Inneres, Nanna, Caffi-
nisi, Menabrea, Rovere, Ricci, Amari.

Nach Berichten aus Viza ist der Gesundheitszustand
Garibaldi's sehr befriedigend. Er hat dem Garibaldi-
anischen Comit zu London geschrieben, daß, wenn
der Augenblick gekommen, er sein Emancipationswerk
wieder aufnehmen werde.

Nach der „Nuova Europa“ ist eine Commission
von Garibaldianern ernannt worden, bestehend aus
Bisconti, Buccini, Pierozzi und Sanchez Dens, um
dem Professor Zanetti eine goldene Medaille für das
Ausziehen der Kugel aus der Wunde Garibaldi's zu
überreichen. Eine Subscription ist zu diesem Zweck
eröffnet.

Ratazzi hat vor Thorschluss noch seinen Gener-
alsekretär Caprioli zum Senator, seinen Cabinetschef
Sovisio zum Präfekten von Trapani befördert.

Der Turiner „Diritto“ veröffentlicht einen von
16 Abgeordneten der Linken unterzeichneten Protest
gegen die vom Ministerium begangenen Verlebungen der
Fassung, wegen deren sie das Recht gehabt hätten,
die Versetzung derselben in den Unterkasten zu bege-
ben. An der Spitze der Unterzeichner steht der als
Factotum Garibaldi's bekannte Dr. Bertani.

Caramora, schreibt man der „N. P. Z.“ aus
Neapel, beantwortet schon längst alle die bei ihm
eingelaufenen Klagen und Aufforderungen, dem Bri-
gantenwesen ein Ende zu machen, mit einem mitleidigen
Achselzucken. Er kennt die Stimmung in den
Neapolitanischen Provinzen, und hat zu verschiedenen

Malen offen erklärt, daß die Kräfte der Regierung
nicht ausreichen, das von der ganzen Bevölkerung un-
tersetzte Bandenwesen auszurotten. Zeit äußern sich
gerade die Vertheidiger des Ministeriums im Parla-
ment in ganz demselben Sinne. Man befürchtet zwar
vorläufig keine weitere Entwicklung des Guerillakrie-
ges, man erwartet aber auch nicht mehr eine volljäh-
rige Unterdrückung derselben. Auffallend ist es, daß
gerade die Officiere es sind, welche hier dem Geschrei
über die Freiheit und über die Excess der Briganten
am häufigsten entgegentreten. Sie lehren aus den Pros-
vinzen zurück und sind erstaunt, die Gegner, vor den-
nen sie im Kampfe allen Respect bekommen haben,
von den hiesigen Bezugshelden so gar gering geschätz-
zu sehen. Die Briganten sind nach ihren Erzählungen
keineswegs leicht in die Flucht zu schlagen, und na-
mentlich sind es die berittenen Scharen in der Capita-
tanata, welche den Soldaten durch ihre kühnen Reiter-
stücke oftmals wahre Bewunderung abzwingen.

Der Monde teilt aus Briefen von Rom einen
Vorfall mit, der sich am 26. November Abends im
Palast Caffarelli, im preußischen Gesandtschaftshotel,
zutrug, wo gerade ein großes Diner zur Feier der
Anwesenheit Ihrer k. Hoh. des Kronprinzen und der
Kronprinzessin von Preußen statt fand. Während
der Tafel erschien mit einem Male Baron Canis in
einem höchst seltsamen Aufzuge und wunderlichen Ge-
berden. Er schrie, sein Haus sei kein Wirthshaus und
die Gäste möchten dasselbe sofort verlassen, alles in
einem Tone, der namentlich das Ohr der anwesenden
Damen sehr verlegen mußte. Die Kronprinzessin war
erschrockt, der Kronprinz aber näherte sich, während
Alles wie versteinert dastand, theilnehmend dem Ge-
sandten und bat ihn, sich zu entfernen, was letzterer
auch, da ihm eine Spur von Besinnung zurückzuke-
ren schien, sofort that. Der unglückliche Mann war in
Zobucht verfallen und wurde sofort zu seinem Schwa-
ger, dem Fürsten Michael Gaetano, gebracht. In ei-
nem lichten Augenblicke hat er seitdem den Cardinal
Antonelli zu sprechen verlangt. Dieser, der augen-
blicklich verhindert war, hat einstweilen Msgr. Berardi
gebeten, sich zu dem Kranken zu versügen, für dessen
Rettung kaum noch Hoffnung vorhanden ist. Wie der
Monde insinuiert, soll die Predigt, welche ein evangelischer
Pastor am Allerseelentage in der Gesandtschafts-
Capelle gehalten, den Ausbruch des Ereignisses, dessen
Grund weit in die Vergangenheit zurückgeht, veran-
loft haben. Herr v. Canis hätte nämlich vor lan-
ger Zeit sich duellirt und bei dieser Gelegenheit seinen
Gegner getötet.

Bocchia, 4. Dezember. Die heutigen Durchschnittspreise
waren in Österreich. Währung: Ein Mezen Weizen: 3.40
— Korn 2.35 — Gerste 1.75 — Hafer 1.17 — Erben 2.50
— Bohnen 2. — Hirse 1.80 — Buchweizen 1.60 — Ku-
furus 2. — Erdäpfel 1.80 — Eine Klafter hartes Holz
8.70 — weiches 6. — Ein Zentner Heu 1.40 — Ein Zent-
ner Stroh 2.80

Preise des Kleesaamens für einen Zollzentner (89%
Wiener Pfund), preuß. Thaler (zu 1 fl. 57 1/2 kr. österr. Währ.
außer Ago):

bester mittler. schlecht.

Weißer Weizen 79 — 81 — 76 — 70 — 73

Gelber " 74 — 75 — 72 — 67 — 70

Roggen " 53 — 54 — 52 — 50 — 51

Gerste 37 — 39 — 36 — 34 — 35

Hafer 25 — 26 — 24 — 22 — 23

Erben (für 150 Pfd. brutto) 52 — 55 — 50 — 47 — 49

Rüben 235 — 223 — 209

Sommertraps — — — — —

Preise des Kleesaamens für einen Zollzentner (89%
Wiener Pfund), preuß. Thaler (zu 1 fl. 57 1/2 kr. österr. Währ.
außer Ago):

Rotter Kleesaamen: bester 14 — 14 1/2

Weser Kleesaamen: bester 19 — 20

guter 12 1/2 — 13 1/2

mittlerer 10 1/2 — 11 1/2

mittlerer 12 1/2 — 15 1/2

schlechter 8 — 9 1/2

schlechter 8 — 9 1/2

Krakau, 4. Dezember. Die heutigen Durchschnittspreise
waren in Österreich. Währung: Ein Mezen Weizen: 3.40
— Korn 2.35 — Gerste 1.75 — Hafer 1.17 — Erben 2.50
— Bohnen 2. — Hirse 1.80 — Buchweizen 1.60 — Ku-
furus 2. — Erdäpfel 1.80 — Eine Klafter hartes Holz
8.70 — weiches 6. — Ein Zentner Heu 1.40 — Ein Zent-
ner Stroh 2.80

Bohemia, 4. Dezember. Die heutigen Durchschnittspreise
waren (in fl. österr. Währ.): Ein Mezen Weizen 3.75 —
Roggen 2.55 — Gerste 1.90 — Hafer 1.25 — Erben 2.50
— Bohnen 2. — Hirse 1.80 — Buchweizen 1.60 — Ku-
furus 2. — Erdäpfel 1.80 — Eine Klafter hartes Holz 11. —
weiches 7.50 — Zitterker 1.65 — Ein Zentner Heu 1.20 — Ein Zent-
ner Stroh 2. —

Biala, 4. Dezember. Marktprise in österr. Währ.: Ein
Mezen Weizen 4.65 — Roggen 2.95 — Gerste 2.33 — Ha-
fer 1.39 — Kufurus 2. — Erdäpfel 1.80 — Eine Klafter
hartes Holz 1. — weiches 1. — Ein Zentner Heu 1.20 — Ein Zent-
ner Stroh 2.09

Berlin, 6. December. Gew. Met. 102. — Spz. Met. 47.80 —
Staatsbahn 133. — Banknoten 68 1/2. — Credit-Met. 93. — Credit-Met. 74 1/2. — National-
Met. 66 1/2. — Staatsb. 232. — Credit-Met. 216. — 1860er-
Met. 75 1/2. — Anleihe vom Jahre 1859 77 1/2.

Paris, 5. December. Schlufourse: 3perc. Rente 70.50.
4 1/2 perc. 97.80. — Staatsbahn 597. — Credit-Mobilier 1106.
— Lomb. 585. — Piemontische Rente 71.15. — Consols mit
92% gemeldet. — Haltung fest aber wenig beliebt, Schluf träge.

Paris, 6. December. Schlufourse: 3perc. Rente 70.70.
4 1/2 perc. 97.45. — Staatsbahn 510. — Credit-Mobilier 1125.
— Lomb. 586. — Piemontische Rente 71.30. — Consols mit
92% gemeldet. — Haltung fest, aber wenig Geschäft.

Hamburg, 6. December. Credit-Met. 90%. — National-
Anlehen 67 1/2. Ruhig.

Amsterdam, 6. December. Dorf verzinsliche 76 1/2. — Spz.

Met. 55 1/2. — 2 1/2 perc. Met. 28 1/2. — Nat. Anl. 63 1/2. —

Wien fehlt. Wenig Geschäft.

Krakau, 5. Dezember. Consols (Schluß) 92 1/2. — Lomb.

3 1/2. — Wien 12.25. — Silber fehlt. — Wochenausweis der
englischen Ban: Notenumlauf 19,754,285 Pf. Sterl., Metalls-
vorrath 15,009,814 Pf. Sterl.

London, 6. December. Consols (Schluß) 92 1/2. — Lomb.

3 1/2. — Wien fehlt. — Silber 61 1/2.

Krakau Cour: am 6. Decr. Neue Silber-Münze Agio

fl. p. 107 1/2 verl., fl. p. 106 1/2 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl.

österr. Währung fl. poln. 383 verlangt, 377 bezahlt. — Preus-

Gouraud für 150 fl. österr. Währung Thaler 84 1/2 verlangt, 83 1/2

bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 118 ver-
langt, 117 bez. — Majestische Imperials fl. 9.84 verlangt,
9.70 bezahlt. — Napoleon's fl. 9.63 verlangt, 9.42
bezahlt. — Vollwichtige holländische Dokaten fl. 5.63 verlangt,
5.55 bezahlt. — Vollwichtige öster. Rand-Dokaten fl. 5.69 ver-
langt, 5.61 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Comp.
fl. p. 101 1/2 verl., fl. 1 1/2 bezahlt. — Galiz. Pfandbriefe nebst 1.

Coupons in österr. Währung 81 1/2 verl., 80 1/2 bezahlt. — Gas-
tigische Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in Convent-Münz.
fl. 85 1/2 verlangt, 84 1/2 bezahlt. — Grundstücks-Obligationen
in österr. Währ. fl. 71 1/2 verl., 71 bezahlt. — National-
Anleihe von dem Jahre 1854 fl. 63 1/2 österr. Währ. 82 1/2 verlangt
81 1/2 bezahlt. — Aktien der Karl-Ludwigsbahn, ohne Coupons
voll eingezahlt fl. 100 1/2 österr. Währung 225 1/2 verl., 223 1/2 bezahlt.

3. 2157. c. Edict. (4358. 3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gericht wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Hrn. Georg Donner wegen Zahlung von 250 fl. ö. W. f. N. G. Gr. Emilie Friedlein 2 Che Antoniosiewicz Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber mit h. g. Bescheide vom 5. November 1862 d. 2157 eiv. die Tagfahrt zur mündlichen Verhandlung auf den 10. Jänner 1863 um 9 Uhr Vormittags h. g. anberaumt worden ist.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist so hat das k. k. Bezirks-Gericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den k. k. Notar Herrn Leonhard Serafini als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsfache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzuteilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Bezirksgerichte anzugeben, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Vom k. k. Bezirksamt als Gericht.

Wiśnicz, am 6. November 1862.

Nr. 67319. Kundmachung. (4368. 1-3)

Vom laufenden Studienjahr angefangen sind mehrere Stipendien im Betrage jährlicher 210 fl. und 157 fl. 50 kr. ö. W. aus der Głowiński'schen, Zawadzki'schen und Extrakordonalstiftung sowohl für Adelige als auch für Nichtadlige wieder zu befreien.

Zur Bewerbung um diese Stipendien wird der Concurs bis 15. December 1862 ausgeschrieben.

Die Bewerber haben ihre vorschriftsmäßig belegten und wenn sie Stipendien für Adelige oder aus dem Titel der Angehörigkeit zur Familie eines der Stifter ansprechen, mit dem Nachweise der Adelseigenschaft aus den allfälligen Beweisen über die Abstammung von jenen Familien der Stifter, denen bei Erledigung der Stipendien stiftungsgemäß ein Vorzugsrecht zusteht, verschene Gesuche im Wege der Vorstände der betreffenden Studienanstalten innerhalb der Concursfrist bei der k. k. Statthalterei einzubringen.

Von der k. k. galizischen Statthalterei.

Lemberg, am 28. October 1862.

L. 67319. Obwieszczenie

Zaczawszy od bieżącego roku szkolnego są znów do obsadzenia kilka stypendów z fundacji Głowińskiego, Zawadzkiego i Extrakordonalnej dla szlachty i nieszlachty w kwocie 210 zł. i 157 zł. 50 c. rocznie.

Dla ubiegania się o te stypendium rozpisuje się konkurs do dnia 15 grudnia 1862.

Ubiegający się wniesć mają w ciągu terminu konkursowego do c. k. Namiestnictwa swoje podania w drodze przełożonych odnośnych zakładów szkolnych i według przepisów zaopatrzyć je mając, jeżeli ubiegają się stypendium dla szlachty albo z tytułu przynależności do familii jednego z fundatorów w wykaz szlachectwa z odnośnych dowodów pochodzenia z tych familii fundatorów, którym według fundacyjnego listu przynależy pierwszeństwo.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 28 października 1862.

N. 279. Concurs. (4339. 4)

Zur Wiederbesetzung der an der Lemberger medizinisch-chirurgischen Lehranstalt erlebigen chir.-klinischen Assistenten wird der Concurs bis Ende December 1. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diesen mit Abjutum jährlicher 210 fl. ö. W., einem Beköstigungsbeitrag täglich 42 kr. ö. W., einer beheizten Wohnung im allgemeinen Krauenhause und einem Bezug jährlicher 36 Pfund Unschlitterzen verbundenen Posten, haben ihre mit dem medicin.-chirurgischen Doctors-Diplome, der Nachweisung ihres Alters, Standes, der bisherigen dienstlichen oder sonstigen praktischen Verwendung, der Sittlichkeit, der Kenntnis der polnischen oder einer dieser nahe verwandten anderen slavischen Sprache, gehörig instruierten Gesuche innerhalb der Concursfrist mittelst ihrer unmittelbar vorgelesenen Behörden bei diesem Studien-Directorate einzubringen.

Vom k. k. med.-chir. Studien-Directorate.

Lemberg, am 21. November 1862.

L. 279. Konkurs.

Dla obsadzenia opróżnionego miejsca chirurgiczno-klinicznego asystenta przy tutejszym medyczno-chirurgicznym naukowym zakładzie, rozpisuje się konkurs do ostatniego grudnia r. b.

Zgłoszający się o te posadę, wynagrodzoną rocznym poborem 210 zł. oprócz tego strawnem 42 cent. dziennie, opalonem mieszkaniem w powszechnym szpitalu i 36 funtami świec lojowych

roczne, swe prośby dyplomem doktora medycyny i chirurgii, wykazem wieku, stanu, dotychczasowego zatrudnienia, obyczajności, znajomości polskiego lub temuż spokrewnionego języka, poparte, w przeciągu powyżej oznaczonego czasu pośrednio swych zwierzchności tutaj nadeszła.

Od c. k. Dyrekcji med. chir. naukowego zakładu.

Lwów, dnia 21 listopada 1862.

N. 614-2. Licitationskundmachung. (4345. 4)

Wegen Sicherstellung der verschiedenen Erfordernisse für das Krakauer k. k. Garnisons-Spital, die Krakauer k. k. Garnisons-Apotheke und die k. k. Artillerie-Schulcompagnie zu Lobszów auf die Zeit vor der Ausstellung und Untertierung des Protocols bis letzten November 1863 wird am 15. December 1862 Vormittags um 9 Uhr und wenn es nötig sein sollte, an den nächst darauffolgenden Tagen eine erneuerte öffentliche Licitation beim obigen Spitäle abgehalten werden, also die Licitations-Bedingungen in den gewöhnlichen Amtsstunden eingeschlossen werden können. Schriftliche Offerte sind ausgeschlossen.

Krakauer k. k. Garnisons-Spital am 27. Nov. 1862.

N. 67319. Kundmachung. (4366. 4)

Aus der den Namen Sr. kais. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Karl Ludwig führenden Stipendienstiftung ist ein Stipendium im jährlichen Betrage von 157 fl. 50 kr. ö. W. mit Beginn des laufenden Studienjahres wieder zu besehen.

Dieses Stipendium ist ausschließlich für Rechtshörer der Lemberger oder Krakauer Universität für die Dauer der Universitätsstudien bestimmt, und es haben stiftbriefmäßig das nächste Anrecht hierauf:

a) arme, die Rechtsstudien besuchenden Jünglinge armenischen Ritus aus dem Kolomyjaer Kreise gebürtig;

b) in deren Ermanglung arme, die juridischen Studien frequentirenden Jünglinge armenischen Ritus, die aus den Stanislauer oder Brzeżaner Kreise gebürtig sind;

c) im Abgange solcher, derlei Jünglinge armenischen Ritus, die überhaupt in Galizien geboren sind;

d) und wenn auch solche nicht vorhanden wären, arme Rechtshörer des armenischen Ritus aus der Bukowina gebürtig.

In Erwägung der laut a. bis d. zum Stipendien genüge vorzugsweise berufenen Jünglinge wird das Stipendium an einen armen Rechtshörer ohne Unterschied des Ritus verliehen werden.

Diejenigen welche sich um Verleihung dieses Stipendiums bewerben wollen, haben ihre mit den Laufschreine, Mittellosigkeitszeugnissen und den Studienfrequentials- und Verwendungszeugnissen belegten Gesucht bis 15 ten December 1862 bei der k. k. Statthalterei durch das Professoren-Collegium einzubringen.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 28. October 1862.

N. 67319. Obwieszczenie.

Ze stypendijnej fundacyi pod nazwą Jego Cesarskiej Mości najdostojniejszego Arcybiskupia Karola Ludwika, jest do obsadzenia stypendium w rocznej kwocie 157 zł. 50 cent. z rozpoczęciem bieżącego roku szkolnego.

To stypendium przeznaczone jest wyłącznie dla słuchańców praw Lwowskiego albo Krakowskiego uniwersytetu i według fundacyjnego listu największe mają prawo:

a) ubodzy, na wydział prawniczy uczęszczający młodzież ormiańskiego wyznania, rodem z Kolomyjskiego obwodu;

b) w braku tych, na jurydycznym wydziale uczęszczający młodzież ormiańskiego wyznania, których są urodzeni w Stanisławowskim albo Brzeżańskim obwodzie.

c) w braku takich, owi młodzież ormiańskiego wyznania, którzy w ogóle z Galicją są rodem;

d) nareszcie jeżeli i takich nie było, ubodzy słuchańcow praw ormiańskiego wyznania rodem z Bukowiny.

W braku młodzieńców powołanych przedewszystkiem do pobierania stypendium pod a. do d. nadame zostanie stypendium ubogiemu słuchańcow praw bez różnicy wyznania.

Ci którzy się chcą ubiegać o nadanie tego stypendium wniesć mają za pośrednictwem kolegium profesorów swoje w metrykę chrztu, świadectwa ubóstwa, niemniej świadectwa szkolne zaopatrzone podania w drodze przełożonego zakładu naukowego w ciągu konkursowego terminu do c. k. Na-

miestnictwa.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 28 października 1862.

N. 67319. Kundmachung. (4367. 4)

Zur Wiederbesetzung mehrerer Stipendien jährlicher 105 fl. ö. W. welche für Ruthenen, die den juridischen oder philosophischen Studien obliegen, bestimmt sind, wird der Concurs bis 15. December 1862 ausgeschrieben.

Die Bewerber um diese Stipendien haben ihre Ge-

suche, welche mit den Laufschreinen und Mittellosigkeits-

zeugnissen, dann den Studien- und Frequentialszeug-

nissen gehörig zu belegen sind, durch das betreffende

Professoren-Collegium innerhalb der Concursfrist bei der k. k. Statthalterei einzubringen.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 28. October 1862.

N. 67319. Obwieszczenie.

Dla ponownego obsadzenia kilku stypendów

rocznych 105 zł. przeznaczonych dla rusinów po-
święcających się juridycznym albo filozoficznym
naukom, rozpisuje się konkurs do dnia 15 go
grudnia 1862.

Ubiegający się o te stypendya wniesć mają
swoje podania zaopatrzone należycie w metrykę
chrztu i świadectwo ubóstwa, dalej w świadectwa
szkolne i frekwencacyjne, w drodze odnośnego
kollegium profesorów i w ciągu konkursowego
terminu do c. k. Namiestnictwa.

Z c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 28 października 1862.

N. 67319. Kundmachung. (4368. 4)

Zur Besetzung eines Stipendiums jährlicher 52 fl.
50 kr. ö. W. aus der vom ehemaligen Szynwalder
Pfarrer Andreas Stawek gegründeten Stiftung wird
der Concurs bis 15. December 1862 ausgeschrieben.

Zum Genüse dieses Stipendiums sind arme Studie-
rende an den Krakauer Lehranstalten berufen, welche sich
in Sitten, Fleiß und Fortgang in den Studien aus-
zeichnen.

Bei übrigens gleichen Umständen haben Studierende
aus dem Pfarrbezirk Szynwald, Tarnower Kreises vor
den übrigen Bewerbern den Vorzug.

Die Gesuche um dieses Stipendium sind im Wege
der Vorstände der betreffenden Lehranstalten innerhalb des
Concurstermines bei der k. k. Statthalterei-Commission
in Krakau einzubringen.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 28. October 1862.

N. 67319. Obwieszczenie.

Dla nadania stypendium rocznych 52 zł. 50
cent. z fundacji byłego proboszcza z Szynwaldu
Andrzeja Stawka rozpisuje się konkurs do dnia
15 grudnia 1862.

Dla otrzymania tego stypendium powołani są
ubodzy uczniowie w Krakowskich zakładach nau-
kowych.

Przy jednakowych z resztą stosunkach mają
przed innymi ubiegającymi się pierwszeństwo ucz-
niowie z Szynwaldskiej parafii obwodu Tarnow-
skiego.

Podania o te stypendya mają być wniesione
w ciągu terminu konkursowego i w drodze prze-
łożonych odnośnych zakładów naukowych do c.
k. Komisji Namiestnictwa w Krakowie.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 28 października 1862.

N. 67319. Kundmachung. (4365. 4)

Zur Wiederbesetzung eines vom Jakob Kulczycki
gestifteten Familien-Stipendiums im Betrage jährlicher
116 fl. ö. W. wird hiemit der Concurs bis 15. Decem-
ber 1862 ausgeschrieben.

Zu dieser Stiftung sind zunächst die unmittelbaren
Blutsverwandten des Stifters des vorstrebenden Land-
rechtspräsidienten in Lemberg Jakob von Kulczycki, in
deren Erwägung andere den Namen Kulczycki füh-
rende Jünglinge, berufen.

Der Genuss des Stipendiums dauert vom Eintritt
in die Normalschulen bis zur Beendigung der Rechts-
studien.

Diejenigen welche sich um diesen Stiftungspunkt be-
werben wollen, haben ihre, mit den Beweisen der Ver-
wandtschaft mit dem Stifter, über ihr Alter, Moralität,
Mittellosigkeit und mit den Zeugnissen über den Studien-
fortgang belegten Gesuche im Wege der vorgesetzten Lehr-
anstalt innerhalb des Concurstermines bei der k. k. Statt-
halterei einzubringen.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 28. October 1862.

N. 67319. Obwieszczenie.

Dla ponownego nadania stypendium familial-
nego fundacji Jakoba Kulczyckiego w kwocie
rocznej 116 zł. 20 cent. rozpisywa się konkurs do
dnia 15 grudnia 1862.

To tego stypendium powołani są przedewsz-
ystkimi najbliższymi krewnymi fundatora s. p. Jakoba
Kulczyckiego zmarłego, prezydenta sądu krajo-
wego, a w braku tych, inni młodzież nazwiska
Kulczyckich.

Pobieranie tego stypendium trwa od wstąpienia
do szkół normalnych, aż do ukończenia nauk
prawniczych.

Ci którzy się chcą ubiegać o to stypendium
mają wniesć swoje w dowody pokrewieństwa z fun-
datorem, dalej co do ich wieku, moralności i ubó-
stwa, niemniej świadectwa szkolne zaopatrzone
podania w drodze przełożonego zakładu nauko-
wego w ciągu konkursowego terminu do c. k. Na-
mestnictwa.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 28 października 1862.